

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2104) betreffend Landschaftsschutzabgabe auf Businessparks und Einkaufszentren, sowie große Gewerbe- und Industriegebäude (Zahl 22 - 1554) (Beilage 2309).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Landschaftsschutzabgabe auf Businessparks und Einkaufszentren, sowie große Gewerbe- und Industriegebäude, in seiner 40. Sitzung am Mittwoch, dem 10.01.2024, beraten.

Landtagsabgeordnete Doris Prohaska wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Doris Prohaska einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Berichterstatterin gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Landschaftsschutzabgabe auf Businessparks und Einkaufszentren, sowie große Gewerbe- und Industriegebäude, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 10. Jänner 2024

Die Berichterstatterin:  
Doris Prohaska eh.

Der Obmann:  
Mag. Christian Dax eh.

*Herrn  
Präsident des Burgenländischen Landtages  
Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10.01.2024

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Ing. Thomas Schmid,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1554, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend interkommunale Businessparks**

Zum unter Zahl 22 – 1554 eingebrachten selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Landschaftsschutzabgabe auf Businessparks und Einkaufszentren sowie groÙe Gewerbe- und Industriegebäude hält der Burgenländische Landtag fest:

Dem Land Burgenland ist schon lange die zentrale Funktion der Böden als auch die Tendenz zur Flachenbesiedelung bewusst. Daher ist festzuhalten, dass mehr als ein Drittel der Landesfläche naturschutzrelevantes Gebiet ist, nämlich 35,56 Prozent. Im Vergleich dazu liegt dieser Wert in Österreich bei 27 Prozent. Der Anteil geschützter Flächen im Burgenland ist also österreichweit einzigartig.

Die Burgenländische Landesregierung setzt mehrere MaÙnahmen, um die Bodenversiegelung einzudämmen. Im Burgenländischen Raumplanungsgesetz 2019 hat der Bereich Boden- und Klimaschutz einen hohen Stellenwert. Erwähnt sei hier die Verpflichtung zu Gestaltungskonzepten bei der Umsetzung von Interkommunalen Businessparks. Weiters ist festgehalten, dass ab einer Verkaufsfläche von 4.000 m<sup>2</sup> eine Raumverträglichkeitsprüfung vorzulegen ist.

Das Vorzeigemodell im Bezirk Oberpullendorf zeigt die Vorteile von interkommunalen Businessparks. In Abstimmung mit den verantwortlichen Stellen des Landes wird als Grundlage für eine Flächenwidmung als Bauland Betriebsgebiet und auch die spätere Bebauung ein abgestimmter Masterplan erstellt, der unter anderem auch ein Grünraum- und Bepflanzungskonzept, ein Energie- und Beleuchtungskonzept (Nutzung der Dachflächen für Photovoltaikanlagen, E-Tankstellen, etc.) sowie auch ein entsprechendes Verkehrskonzept enthalten muss.

Durch den Zusammenschluss dieser Gemeineden kommt es zu viel weniger Bodenversiegelung und es bleiben deutlich mehr Grünflächen bestehen, da nicht mehr in jeder einzelnen Gemeinde Betriebsgebiete gewidmet werden. Weitere Vorteile der interkommunalen Businessparks sind die Sicherstellung von Teil- und Vollzeitarbeitsplätzen und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes der Regionen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- weiterhin auf die bereits bewährten MaÙnahmen wie interkommunale Businessparks zu setzen und
- die Umsetzung einer fairen, interkommunalen und zukunftsorientierten Wirtschafts- und Standortpolitik zu gewährleisten.